



SPD-Landesparteitag am 30. Juni 2007 in Cottbus

Beschluss A 1

**Eintreten. Für Soziale Demokratie in Brandenburg.  
10 Punkte-Programm für mehr Lebenschancen für mehr Menschen.**

Die Brandenburger Sozialdemokratie unterstützt den Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der SPD mit seinem Leitbild des Vorsorgenden Sozialstaates.

„Unser Ziel ist ein sozialer Staat, der in die Fähigkeiten der Menschen investiert, sich selbst zu helfen und ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu organisieren. Ein Staat, der Orientierungshilfe in schnelllebigen Zeiten bietet und die Solidarität zwischen Menschen und Regionen stärkt.“ So stand es in unserem Wahlprogramm „Zukunft, Arbeit und Familie. Gemeinsam Brandenburg voran bringen“ aus dem Jahr 2004. Diese Ideen finden sich im Entwurf für das „Hamburger Programm“ wieder und münden in das Leitbild des Vorsorgenden Sozialstaates.

**I. Warum wir heute eine stärker auf Vorsorge orientierende Politik brauchen.**

Unsere Gesellschaft wird mehr und mehr zur Wissensgesellschaft. Deshalb gilt: je besser jede Brandenburgerin und jeder Brandenburger ausgebildet ist, umso größer sind ihre und seine Chancen, gute Arbeit mit guter Bezahlung zu finden. Je besser unsere Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sind, umso größer werden die Chancen unseres Landes im internationalen Wettbewerb der Regionen. Je kompetenter wir die Medien nutzen und Kultur als öffentliches Gut zugänglich machen, umso nachhaltiger wird der Schritt in die Wissensgesellschaft erfolgen.

Unser Land verändert sich. Der demografische Wandel in Brandenburg stellt unser Gemeinwesen vor große Aufgaben. In unserem Land gibt es Orte, in denen die Einwohnerzahl in den kommenden Jahren um bis zu 40 Prozent wächst, während nur 50 Kilometer weiter Orte einen Rückgang von bis zu 30 Prozent erwarten. Neben dieser Entwicklung werden die Brandenburgerinnen und Brandenburger – glücklicherweise – immer älter. Dabei suchen schon heute Brandenburger Unternehmen und ganze Bran-

chen intensiv nach gut ausgebildeten Fachkräften – bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit.

Investitionen in Bildung, Aus- und Weiterbildung sind deshalb unabdingbare Voraussetzungen für eine dynamische und erfolgreiche Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung. Umgekehrt schafft diese dynamische Wirtschaft die Voraussetzungen dafür, dass wir auch eine kinder- und familienfreundliche Politik betreiben können. Mehr Arbeit und mehr Bildung sowie Familien- und Kinderfreundlichkeit bedingen und beflügeln einander. Dafür brauchen wir Chancengleichheit, denn wir wollen verhindern, dass soziale Benachteiligungen „vererbt“ werden. Diese Prinzipien gehören zum Kern des investierenden, zupackenden und vorsorgenden Sozialstaates.

## **II. Brandenburg in Bewegung: Ein zupackendes Land.**

Wir haben 2005 eine intensive Debatte über die Zukunftschancen unseres Landes und die Erneuerung aus eigener Kraft begonnen. Diese Debatte hat viele kreative Prozesse in Gang gesetzt. Heute können wir sagen: Brandenburg ist in Bewegung. Dabei ist überall im Land neue Zuversicht entstanden:

- Wir haben im bundesweiten Vergleich einen sehr weitgehenden Rechtsanspruch und eine der höchsten Versorgungsquoten in der Kindertagesbetreuung. Wir haben schon sehr frühzeitig damit begonnen, die Qualität bei der Kita-Betreuung zu verbessern und sind bundesweit führend bei der Einführung von Bildungsstandards. Wir führen Sprachstandsmessungen und Sprachförderung in den Kitas ein. Wir haben den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz auf Kinder arbeitslos werdender Eltern ausgedehnt.
- Wir verbessern den Übergang von der Kita zur Schule und sichern mit dem Erhalt der sechsjährigen Grundschule eine lange Phase des gemeinsamen Lernens.
- Unsere Kinder brauchen einen Lern- und Lebensraum, in dem qualifizierter Unterricht, individuelle Förderung und kindgerechte Betreuung eine Einheit bilden. Jede vierte Schule ist heute Ganztagsgrundschule, fast jede dritte weiterführende Schule verfügt über ein Ganztagsprogramm. Das ist ein großer Erfolg und zeigt, dass die Ganztagschule immer mehr Zuspruch und Anerkennung findet. Mit uns bleibt Brandenburg auch auf diesem Gebiet Vorreiter in Deutschland.

- Wir haben die Oberschule eingeführt. Zusammen mit den Gymnasien, Oberstufenzentren und Gesamtschulen im weiterführenden Bereich haben wir ein Schulsystem, das für alle Schülerinnen und Schüler den Zugang zu einem optimalen Schulabschluss lange offen hält, das Durchlässigkeit gewährt und Bildungssackgassen aus dem Weg räumt. Das neue Schulgesetz soll helfen, die Qualität unserer Schulen zu verbessern. Es sorgt für mehr Chancengleichheit unserer Kinder. Die individuelle Förderung wird dabei groß geschrieben.
- Wir stärken das Bewusstsein frühkindlicher Förderung bei den Eltern und Erziehungsberechtigten. Wir fördern gezielt Eltern und Kinder aus sozial schwachem Umfeld. Dazu haben wir eine wachsende Zahl von Eltern-Kind-Zentren eingerichtet.
- Wir haben inzwischen eine Vielzahl von „Lokalen Bündnissen für Familie“. Mittlerweile arbeiten drei „Netzwerke Gesunde Kinder“ im Land. Damit wird das Klima für Familien und Kinder im Land ganz konkret verbessert.
- Wir haben die Potentiale der älteren Generationen für unsere Gesellschaft erkannt und wollen sie nutzen. Seniorinnen und Senioren sind keine homogene Gruppe, sondern spiegeln in ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten das gesamte Spektrum unserer Gesellschaft wider. In den Seniorenpolitischen Leitlinien des Landes wird dies berücksichtigt – von der Bedeutung der Großeltern in der Gesellschaft und bei der Kindererziehung, über die Mitwirkung in Politik und Ehrenamt, bis zur Sicherung ausreichender und hochwertiger Pflegestrukturen in Brandenburg.
- Mit der Neuorientierung der Wirtschaftsförderung haben wir die Voraussetzungen für neue und mehr Lebenschancen geschaffen. Mit dem neuen Konzept verbessern wir insbesondere die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen, so dass neue Arbeitsplätze entstehen können. Im Jahr 2006 ist die Zahl der Arbeitslosenn um über 50 000 zurückgegangen, 12 000 neue sozialversicherungspflichtige

### III. 10 Punkte für mehr Lebenschancen in Brandenburg.

Seit der Neubildung der Landesregierung im Herbst 2004 arbeiten wir an der Erneuerung unseres Landes. Unser Ziel ist, dass Wirtschaft, Bildungs- und Familienpolitik wie ein Rad ins Andere greifen. So entstehen mehr Lebenschancen für die Brandenburgerinnen und Brandenburger.

Mit unserem 10-Punkte-Programm wollen wir diese Politik der Zuversicht fortsetzen.

1. Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Deshalb wollen wir neue Aufstiegschancen im Bildungssystem eröffnen, um zu verhindern, dass soziale Benachteiligung sich „vererbt“. Deshalb stehen wir für die Einführung eines „Schüler-Bafögs“ für Schülerinnen und Schüler von der 11. Klasse bis zum Abitur aus sozial schwachen Haushalten. Für besonders gute Leistungen soll das „Schüler-Bafög“ einen Aufschlag vorsehen. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, ob im Vorgriff auf eine Bundesregelung Brandenburg eine Vorreiterrolle übernehmen kann.  
Aufgrund des Rückgangs der Schülerzahlen und den damit einhergehenden Schulschließungen werden Schulwege in Brandenburg länger. Um die daraus resultierenden Belastungen so gering wie möglich zu halten, ist die Solidarität der Regionen wichtig. In dünn besiedelten Räumen sollen die Kleinen Grundschulen erhalten bleiben. Die weiterführenden Schulen werden dort auch in Zukunft siebente Klassen bereits mit zwei mal 15 Schülern eröffnen können. Die gymnasiale Oberstufe wird flächendeckend in zumutbarer Entfernung bestehen bleiben. Wo es nötig ist, sollen Wohnmöglichkeiten angeboten werden. Wir werden das Angebot von Ganztagschulen weiterentwickeln, um die Qualität von Bildung und Freizeitangeboten zu verbessern.
2. Unsere Kindertagesstätten leisten eine hervorragende Arbeit bei der Entwicklung unserer Kinder und sind eine der wichtigsten Voraussetzungen, um Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen. Die quantitative Vorreiterrolle, die wir in Deutschland schon haben, wollen wir in eine qualitative weiterentwickeln. Mit zusätzlichen Mitteln des Bundes wollen wir zuerst insbesondere die Qualität der Kitas verbessern und den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ausweiten, um allen Kindern nach dem 1. Geburtstag einen Platz anbieten zu können. In einem weiteren Schritt

kann das letzte Kita-Jahr gebührenfrei gestaltet werden. Wir setzen uns für eine Absenkung des Betreuungsschlüssels ein.

3. Die Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land haben eine große Verantwortung. Wir wissen, dass ihre Arbeit anspruchsvoller und schwieriger geworden ist. Schon in einigen Jahren werden wir, wenn die älteren Lehrkräfte in den Ruhestand gehen, neue gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte für unser Land brauchen. Deswegen bemühen wir uns auch weiterhin, möglichst viele junge Menschen für den Lehrerberuf zu begeistern. Wir wollen, dass dieser Beruf in Zukunft wieder mehr gesellschaftliche Anerkennung erhält.
4. In den kommenden zehn Jahren werden in Brandenburg etwa 200.000 gut ausgebildete Fachkräfte benötigt. Zur Fachkräftesicherung fordern wir Unternehmen, Hochschulen, Politik, Eltern, Lehrer und Schüler auf, in Zukunft noch enger zusammenzuarbeiten und gemeinsam konkrete Instrumente zu entwickeln. Die Landesregierung soll dabei insbesondere unterstützend tätig sein bei der hervorragenden Qualifizierung künftiger Fachkräfte sowie bei der Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Fachkräftesicherung. Dazu dient der Aufbau eines regionalen und sektoralen Fachkräftemonitorings, um Angebot und Nachfrage besser aufeinander abzustimmen. An allen weiterführenden Schulen soll es eine systematische Studien- und Berufsorientierung geben. Unter anderem sollen die Schulen mit den Unternehmen in Zukunft noch enger zusammen arbeiten, um das wechselseitige Verständnis über Anforderungen und Berufe der Zukunft zu verbessern. Herausragende Beispiele innovativer Kooperationen zwischen Unternehmen und Schulen sollen ausgezeichnet werden.
5. Die Arbeitslosigkeit in ganz Brandenburg ist auf dem niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Gleichwohl ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen weiterhin zu hoch. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, auf gesetzgeberischem Weg die Chancen für ältere Langzeitarbeitslose zu verbessern. So genannte „passive Mittel“ (wie Arbeitslosengeld und Kosten der Unterkunft) müssen „aktiviert“ werden können, so dass sozialversicherungspflichtige Jobs auf einem sozialen Arbeitsmarkt finanziert werden können. Wir setzen uns für einen Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro pro Stunde ein, der sicherstellt, dass Löhne bezahlt werden, die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer existenzsichernd sind. Die Jugendarbeitslosigkeit muss ins-

besondere durch verstärkte Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen weiter abgebaut werden. Der Übergang von der Ausbildung in den ersten Arbeitsmarkt soll möglichst lückenlos erfolgen.

6. Die Brandenburger Hochschulen sind ein wichtiger Bestandteil der Innovationskette. Schulen und Hochschulen sollen gemeinsam ihre Bemühungen verstärken, so dass in Zukunft mehr Abiturienten ein Studium aufnehmen und abschließen. Dabei sollen auch mehr Frauen und mehr Studierende für die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge gewonnen werden. Die Studienberatung soll deshalb weiter verbessert werden.
7. Das Land Brandenburg hat mit seiner Politik dafür gesorgt, dass im Bereich der erneuerbaren Energien ein wichtiges neues wirtschaftliches Standbein mit wahren Beschäftigungsboom aufgebaut wurde. Die Landesregierung kann und muss auch zukünftig politisch und fachlich unterstützender Innovationsmotor einer kreativen, Ressourcen schonenden Energiepolitik sein.  
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft mit ihren vielseitigen Nutzungsformen, vor allen Dingen in ländlich strukturierten Gebieten, rücken immer mehr in den Vordergrund und das Bewusstsein der Menschen. Die neuen Formen der Umweltwirtschaft und ihr Wissen darüber sind der Schlüssel einer nachhaltigen Ressourcenschonung. In der Kenntnis des laufenden Klimawandels und im Sinne eines wirksamen Umweltschutzes wird das Land Brandenburg den eingeschlagenen Weg zum Wohl unserer Natur und dem Ausbau neuer Beschäftigungsfelder weiterhin fördern und unterstützen. Dies gilt insbesondere für Bereiche der Forschung und Anwendung innovativer, Umwelt schonender Produktions- und Erzeugungsformen.
8. Die Gesundheitswirtschaft ist eine wichtige Wachstumsbranche. Berlin und Brandenburg sollen zum leistungsstärksten Zentrum der Gesundheitswirtschaft in Deutschland werden. Dazu müssen die Akteure in Gesundheitsforschung und -wissenschaft, Gesundheitswirtschaft, Gesundheitsversorgung und Wirtschaftsförderung enger zusammenarbeiten. Wir wollen auch in Zukunft in ganz Brandenburg eine hochwertige medizinische Versorgung sicherstellen. Um die Versorgungsstabilität vor allem in dünn besiedelten Regionen zu gewährleisten, sollen Gemeindeschwestern die Hausärzte unterstützen und dabei medizinische und soziale Aufgaben übernehmen. Brandenburg hat die Gemeindeschwester in Form eines

Modellprojektes eingeführt. Wir wollen, dass dieses Modell nach der Evaluierung als eine Regelform etabliert wird.

9. Kinder sollen gesund aufwachsen. Die bisherigen Pilotprojekte der „Netzwerke Gesunde Kinder“ leisten dazu einen wichtigen Beitrag, denn dort gehen Schwangeren- und Elternberatung einher mit intensiver Betreuung durch Geburtshilfe, Ärzte, Ämter, Kitas und viele andere. Ehrenamtliche Paten unterstützen die jungen Familien. So entsteht ein Klima des Hinschauens und des Vertrauens – das ist der beste Kinderschutz. Wir wollen, dass diese Netzwerke im ganzen Land entstehen. Forschungen zeigen, dass viele Kinder sich heute ungesund ernähren, unregelmäßig essen und zu wenig Sport treiben. Etwa 20 Prozent der Kinder sind übergewichtig. Deshalb soll die Landesregierung eine Kampagne für gesundes Essen und mehr Sport „Besser essen, besser fühlen“ ins Leben rufen. Sie soll unter anderem Fortbildung für Lehrer, Aufklärung für Kinder und Eltern sowie Richtlinien für eine gesündere Schul- und Kitaspeisung enthalten. Wir werden die Schaffung von Eltern-Kind-Zentren weiter fördern.
  
10. Wer die Wissensgesellschaft will, braucht heute den Zugang zur Informationsgesellschaft. Wir wollen keine Gesellschaft, die in Menschen gespalten ist, die online sind und solche, die offline sind. Etwa 80 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger haben Zugang zur Breitband-Technologie. Ein solcher Zugang ist jedoch für alle Brandenburger Regionen enorm wichtig, damit sie am technologischen Fortschritt – wie beispielsweise e-Government und Tele-Medizin – teilnehmen können. Gleichzeitig ist dies ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen. Deshalb soll die Landesregierung mit den Telekommunikationsunternehmen eine Strategie zur Ausweitung des Breitband-Netzes in allen Brandenburger Regionen entwickeln.

#### IV. Wir haben es in der Hand!

Politik von heute muss die Chancen von morgen im Blick haben. Deshalb verfolgen wir in Brandenburg eine Politik der Vorsorge. Es geht um eine Politik, die Menschen mit gleichen Chancen ausstattet, die es Menschen ermöglicht, ihres Glückes Schmied zu werden. Deshalb setzen wir die 2004/ 2005 begonnene Politik der Erneuerung aus eigener Kraft fort und entwickeln sie weiter. Vorsorge und Solidarität der Menschen un-

tereinander sind dabei die Grundprinzipien unserer Politik. Wir werden dafür sorgen, dass die Menschen in allen Regionen unseres Landes in Zukunft mehr Lebenschancen haben. Wir setzen dabei auf die Solidarität zwischen den Menschen und den Regionen in unserem Land. Ein starker Zusammenhalt der Menschen stärkt den Zusammenhalt des ganzen Landes. Wir haben es in der Hand, diesen Zusammenhalt zu nutzen und in konkrete Politik umzusetzen.

## Beschluss zur Weiterleitung an den Parteivorstand

des SPD-Landesparteitages Brandenburg am 30. Juni 2007 in Cottbus

Antrag: C 2

Antragsteller: UB Oberhavel

Der Landesparteitag möge folgende Position an den Bundesparteitag richten:

### **„Gute Arbeit: Flexibilität braucht Sicherheit**

Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht.

Arbeit ist nicht nur Existenzbedingung, sondern der bedeutendste Parameter menschlichen Daseins.

Durch existenzsichernde Arbeit produzieren die Menschen nicht nur die Mittel und Dienste, die sie zum Leben brauchen, sondern bestimmen auch ihre Lebensumstände.

Die Erwerbstätigkeit hat zentrale Bedeutung für das Bewusstsein und Selbstbewusstsein der Menschen.

Sie vermittelt ein selbstbestimmtes Leben, soziale Anerkennung, bestimmt Lebensbedingungen und Entfaltungschancen, erleichtert gesellschaftliches und politisches Engagement und sichert die materielle Unabhängigkeit

Die ökonomischen Rahmenbedingungen in Deutschland werden durch den fortschreitenden Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, die demografischen Entwicklungen und die anhaltenden Globalisierungstendenzen erheblich verändert

Für den künftigen Arbeitskräftebedarf wird das zukünftige Wirtschaftswachstum entscheidend sein.

Die wachsende Intensität und Produktivität der menschlichen Arbeit ermöglicht einerseits mehr Lebensqualität und Wohlstand, andererseits aber auch Arbeitslosigkeit und die Ausgrenzung vieler Menschen aus dem Erwerbsleben.

Die Entwicklungstrends des Arbeitskräftebedarfs in West und Ost divergieren in dem nächste Jahrzehnt weiter stark.

Wir wollen eine Politik der Arbeit, die sich dem Recht auf Arbeit verpflichtet.

*Wir wollen, dass sich Arbeit lohnt, deshalb werden wir den Mindestlohn einführen.*

**Wir wollen ein auf die Strukturen passgenaues Strategiebündel für eine Wachstums- und Beschäftigungspolitik, das vom Staat und den Tarifvertragsparteien gemeinsam getragen wird und den Wirtschaftsakteuren vertrauen und Verlässlichkeit für die Zukunft vermittelt.**

**Notwendig ist eine differenzierte Kombination von Maßnahmen, die**

- **sinnvolle, bürgernahe und dauerhafte Beschäftigung für alle schafft**
- **die Bundesrepublik als Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort international wettbewerbsfähig erhält**
- **Wissen, Innovation und Kreativität der Menschen fördert**
- **Umweltbelastungen vermindert und**
- **neue soziale und kulturelle Entwicklungen ermöglicht.“**

## **Beschluss des SPD-Landesparteitages Brandenburg**

**am 30. Juni 2007 in Cottbus**

**Antrag: C 4**

**Antragsteller: UB Teltow-Fläming**

### ***Ausbildungsplätze***

Der Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion, den Landesvorstand der SPD Brandenburg, die Bundestagsabgeordneten und die Fraktionen der SPD in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte auf, gemeinsame Strategien zur Schließung der Ausbildungsplatzlücke zu entwickeln. Hierbei ist besonderes Augenmerk auf die Situation der Schulabgänger ohne Schulabschluss, junge Menschen, die mehrfach ohne Erfolg an Berufsqualifizierenden Maßnahmen teilgenommen haben, und junge Mütter zu legen.

**Beschluss zur Weiterleitung an den Bundesparteitag des  
SPD-Landesparteitages Brandenburg am 30. Juni 2007 in Cottbus**

**Antrag: D 1**

**Antragsteller: UB Teltow-Fläming**

Weiterleitung als Antrag an den Bundesparteitag vom 26. – 28.10.2007 in  
Hamburg

***Einführung eines „Schüler-Bafögs“***

Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Deshalb wollen wir neue Aufstiegschancen im Bildungssystem eröffnen, um zu verhindern, dass soziale Benachteiligung sich „vererbt“. Deshalb stehen wir für die Einführung eines „Schüler-Bafögs“ für Schülerinnen und Schüler von der 11. Klasse bis zum Abitur aus sozial schwachen Haushalten. Für besonders gute Leistungen soll das „Schüler-Bafög“ einen Aufschlag vorsehen.

## Beschluss des SPD-Landesparteitages am 30. Juni 2007 in Cottbus

### Antrag: D 2

#### Antragsteller: UB Teltow-Fläming, Ortsverein Ludwigsfelde

### **Anhebung der Bafög-Fördersätze 2008**

Einer der wichtigsten Erfolge der SPD-Bildungspolitik seit 1998 war der Ausbau des BAföG. Schwarz-Gelb hatte das BAföG an die Wand gefahren. Von 1982 bis 1998 sank der Anteil der BAföG-Empfänger von 44,6 Prozent aller Studierenden auf nur noch 12,6 Prozent. Die SPD hat das BAföG mit der großen Novelle von 2001 wieder zu einem attraktiven Mittel der Studienfinanzierung und damit zu mehr Chancengleichheit gemacht.

In zwei Novellen wurden die Freibeträge und Bedarfssätze deutlich erhöht, die Anrechnung des Kindergeldes gestrichen und der maximale zurückzuzahlende Darlehensanteil auf 10.000 € begrenzt.

Aktuell erhalten 500.000 Studenten und 350.000 Schüler BAföG. Jetzt kommt es darauf an, eine BAföG-Erhöhung auf höchstmöglichem Niveau zu erreichen.

Die SPD Brandenburg begrüßt, dass im Regierungsentwurf zum 22. Gesetz zur Änderung des BAföG bereits folgende Verbesserungen vorgesehen sind:

- Einführung eines pauschalen Kinderbetreuungszuschlags von 113 Euro pro Monat während des Studiums;
- Wegfall der Mindesterwerbszeiten der Eltern bei Migranten und Migrantinnen mit Daueraufenthalt;
- Anhebung der Hinzuverdienstgrenze ohne BAföG-Anrechnung auf 400 Euro (Mini-Job) monatlich;
- Mitnahme des BAföG ab dem ersten Semester ins Ausland und Vereinfachung der Förderung von Auslandspraktika.

Dies sind wichtige und notwendige Leistungsverbesserungen. Sie reichen aber nicht aus. Die SPD Brandenburg unterstützt die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion für

eine große Bafög-Novelle und den Einsatz von 290 Mio. Euro zusätzlich für die Studierendenförderung. Die SPD Brandenburg fordert ebenfalls, dass die BAföG-Fördersätze an Hand der allgemeinen Preis- und Gebührenentwicklung überprüft und angepasst werden. Darüber hinaus ist es notwendig, eine Aufstockung der Elternfreibeträge zu erreichen, um den Kreis der Berechtigten zu erweitern.

## **Beschluss des SPD-Landesparteitages am 30. Juni 2007 in Cottbus**

**Antrag: D 3**

**Antragsteller: UB Dahme-Spreewald**

### ***Die Chancen der Nachbarschaft nutzen – Sprachkompetenz fördern***

**Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, die Förderung des Polnischunterrichtes im Land konsequent fortzusetzen und auszubauen. Dazu zählt die Erweiterung des Angebotes von bi-linguaem Unterricht an den Schulen in ganz Brandenburg wie auch die langfristige Etablierung einer gemeinsamen deutsch-polnischen Lehrerbildung.**

## Beschluss des SPD-Landesparteitages am 30. Juni 2007 in Cottbus

Antrag: D 4

Antragsteller: Jusos Landesverband Brandenburg

### **Bildungsoffensive für Brandenburg**

Wir fordern die Zusammenlegung der Grund- und Oberschulen zu allgemeinbildenden zehnklassigen Regelschulen. In diesen Schulen sollen Schülerinnen und Schüler bis zum Abschluss der 8. Klasse gemeinsam lernen.

Ab der 9. Jahrgangsstufe sollen diejenigen Schülerinnen und Schüler, die die allgemeine Hochschulreife anstreben, auf das Gymnasium wechseln; während der Unterricht für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die die Berufsbildungsreife etc. anstreben, in Jahrgangsstufe 9 und 10 durch einen allgemeinen berufsorientierenden Anteil ergänzt werden soll. Jedoch darf der Wechsel auf das Gymnasium nach der 10. Klasse dabei nicht ausgeschlossen werden.

In Kommunen, deren Schülerzahlen eine erforderliche leistungs- und neigungsdifferenzierte Beschulung und einen ausreichend differenzierten Fachunterricht in Jahrgangsstufe 9 und 10 an einer Regelschule nicht sinnvoll durchführbar machen, soll die Möglichkeit bestehen, diesen Unterricht durch einen kooperativen Verbund mehrerer allgemeinbildender Schulen, oder an den Oberstufenzentren zu organisieren.

Die zu bildenden Regelschulen sollen als Ganztagschulen etabliert werden und eine größtmögliche Autonomie erhalten. Bestehende Programme, wie das Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“, sowie das MoSeS-Programm, sollen der Neugliederung des Schulsystems angepasst und fortgeführt werden.

## **Beschluss zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion**

**des SPD-Landesparteitages Brandenburg am 30. Juni 2007 in Cottbus**

**Antrag: E 1**

**Antragsteller: UB Dahme-Spreewald**

### **Keine zusätzliche Privilegierung von privaten Kapitalanlegern**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 geplante Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte von Privaten gestrichen wird.

**Beschluss zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion und die  
SPD-Bundestagsfraktion**

**des SPD-Landesparteitages Brandenburg am 30. Juni 2007 in Cottbus**

**Antrag: E 2**

**Antragsteller: Juso Landesverband Brandenburg**

**Vermögensteuer erheben –**

**Finanzen von Land und Kommunen stärken**

Die SPD-Landtagsfraktion Brandenburg und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die Voraussetzungen für eine Erhebung der Vermögensteuer zu schaffen und in deren Folge die Vermögensteuer wieder zu erheben, um die Einnahmesituation der Länder und der Kommunen über den Finanzausgleich zu stärken.

## **Beschluss zur Weiterleitung an den SPD-Parteivorstand**

**des SPD-Landesparteitages Brandenburg am 30. Juni 2007 in Cottbus**

**Antrag: E 4**

**Antragsteller: UB Barnim und UB Märkisch-Oderland**

Der Parteivorstand wird aufgefordert, für den nächsten Parteitag einen Leitantrag zum Thema Energie, Klima und ökologischer Erneuerung zu erarbeiten und den Delegierten vorzulegen.

Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert sich, dem Thema Klimawandel stärker zu widmen. Sie sollen einen Klima-schutzplan für 2020 und 2050 erarbeiten. Der Plan für 2020 soll sich an den Leitlinien orientieren, dass bis dahin die CO<sub>2</sub>-Emission um 40% reduziert wird, der Atomausstieg vollzogen ist und der Anteil der Erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch auf über 20% gestiegen ist.

Die Programmkommission wird aufgerufen, dem Thema Energie, Klima, Wasser und ökologische Erneuerung einen höheren Stellenwert im Grundsatzprogramm beizumessen und es in einem eigenen Kapitel zusammenzufassen. Zudem sollte der Begriff Nachhaltigkeit im Grundsatzprogramm eine zentrale Rolle einnehmen.

## Beschluss des SPD-Landesparteitages am 30. Juni 2007 in Cottbus

### Initiativantrag: I 1 (neu)

#### Antragsteller: Juso-Landesverband Brandenburg

Tolerant in Brandenburg: Heimat für alle Menschen

12 Punkteprogramm der SPD Brandenburg zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Brandenburg ist traditionell ein Einwanderungsland. Seit Jahrhunderten finden hier Menschen verschiedener Herkunft, Kultur und Religion eine neue Heimat. Diese Menschen haben unser Land stets bereichert und voran gebracht. Sie brachten uns nicht nur neue kulturelle Einflüsse sondern vor allem ökonomische Innovationen.

Auch heute wollen Menschen aus anderen Ländern in Brandenburg leben. Die Gründe dafür sind durchaus verschieden. Manchen droht in ihren Heimatländern Verfolgung und Folter aus religiösen, ethnischen oder auch politischen Gründen. Andere hingegen wollen der wirtschaftlichen Not ihrer Heimat entgehen und träumen von einem besseren und menschenwürdigerem Leben in einer neuen Heimat. All diese Menschen haben eines gemeinsam:

Sie wollen ihre Persönlichkeit, ihr Engagement und ihre Arbeitskraft in unser Gemeinwesen einbringen. Wir sind davon überzeugt, dass sie dabei bereit sind, unsere Werte und Normen zu akzeptieren und sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Mit ihrer Entscheidung nach Deutschland, nach Brandenburg zu kommen, dokumentieren sie, dass sie die freiheitlich demokratische Grundordnung und unsere Lebensweise für lebenswerter und freier halten, als die in ihren Heimatländern.

Die demographische Situation in Brandenburg ist geprägt von der Abwanderung junger Menschen und einer immer älter werdenden Bevölkerung. Die Immigration und Integration von ausländischen Familien wirkt dieser negativen Entwicklung durchaus positiv entgegen und bewirkt, dass Brandenburg jung und dynamisch bleibt. Auch der zunehmende Fachkräftebedarf erfordert die Erschließung weiterer Bildungsressourcen. Hier kann Zuwanderung positive Entwicklungen voranbringen. Es ist unstrittig, dass

Zuwanderung auch ökonomischen Nutzen bringt. Innovative Entwicklungen sind insbesondere in den Regionen zu beobachten, die eine größere Vielfalt aufweisen.

Doch um diese positiven Einflüsse der Zuwanderung nutzen zu können, muss man diesen Menschen die Teilhabe an unserem sozialen und ökonomischen Leben ermöglichen.

Darum fordern wir:

1. Im Zentrum von Integrationspolitik muss der einzelne Mensch mit seinen individuellen Fähigkeiten vor seinem kulturellen Hintergrund stehen. Diese Individualität gilt es zu fördern. Nicht nur im Hinblick auf die demographische Entwicklung ist es absolut notwendig, dass wir endlich auf die vielen, noch ungenutzten Fähigkeiten von Migrantinnen und Migranten zurückgreifen und diese fördern. Migrantinnen und Migranten müssen in einem Maß gefördert werden, das ihnen erlaubt, ihre Potentiale voll auszuschöpfen. Der Bildungserfolg von Migrantinnen und Migranten ist elementarer Bestandteil von Integration. Integrations- und Bildungspolitik müssen den Anforderungen einer sich verändernden und veränderten Realität endlich gerecht werden.
2. Für Kinder im Vorschul- und Schulalter sind sprachliche, schulische und sozial integrative Fördermaßnahmen vor Ort sicherzustellen. Fördermaßnahmen sollten in Kitas und Schulen oder anderen geeigneten Institutionen vor Ort durchgeführt werden, um die soziale Einbindung in die Gruppe und das Gemeinwesen zu fördern. Die bestehenden Förderrichtlinien des Bildungsministeriums sind auszuschöpfen. Die Teilnahme an sprachlichen, schulischen und sozial integrativen Fördermaßnahmen muss kostenfrei und für jeden problemlos möglich sein. Einkommensschwachen Personen sind möglicherweise anfallende Fahrtkosten zu erstatten.
3. Migrantinnen und Migranten wachsen meist zweisprachig auf. Bilingualität ist in der globalisierten Gesellschaft ein deutlicher Vorteil und muss mehr Berücksichtigung in unseren Schulen finden. Nicht nur der Erwerb von Deutschkenntnissen im Elementarbereich ist von Bedeutung. Während der gesamten Schullaufbahn muss es eine begleitende Sprachförderung geben. Dabei findet momentan der Erwerb von Erstsprachenkenntnissen zu wenig Berücksichtigung.

Wenn in Deutschland aufwachsende Kinder ihre Erstsprache nicht sicher beherrschen, werden sie auch zunehmend Probleme mit dem Erwerb der deutschen Sprache haben. Neben der Förderung des Erlernens der deutschen Sprache ist die Muttersprache von Migrantinnen und Migranten als Chance für die zukünftigen Brandenburgerinnen und Brandenburger auf dem internationalen Arbeitsmarkt zu begreifen.

4. Die Praxis der Kettenduldungen sollte, wie bereits mit dem Zuwanderungsgesetz intendiert, beendet werden. Nach der jetzt anstehenden Gesetzesänderung soll eine Erwerbstätigkeit mit freiem Zugang zum Arbeitsmarkt nach einem Duldungszeitraum von 4 Jahren möglich sein. Wir halten es für sinnvoller und zur Förderung der Integration für notwendig, dass nach einem geduldeten Aufenthalt von zwei Jahren eine Aufenthaltserlaubnis mit Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Ausbildung und zum Studium erteilt wird. Kinder, die in Deutschland geboren, ausgebildet und integriert sind und ihre Eltern sollten nicht mehr abgeschoben werden. Damit die Möglichkeiten von Arbeit, Ausbildung und Studium genutzt werden können, bedarf es einer Aufhebung der Aufenthaltsbeschränkung auf Landkreise und Bundesländer. Nur so kann die Chancengleichheit gewahrt werden.
5. Ziel muss die vermehrte Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten sein. Die Erfahrung zeigt, dass eine doppelte Staatsangehörigkeit der Integration nicht entgegensteht. Wir fordern daher die Beibehaltung der ursprünglichen Staatsangehörigkeit zu erleichtern.
6. Als Asylberechtigte werden bisher nur Personen anerkannt, die eine individuelle Verfolgung und Bedrohung geltend machen. Wir fordern, dass von der gesetzlichen Möglichkeit einer Anerkennung als Angehörige einer bedrohten Gruppe mehr als bisher Gebrauch gemacht wird. Verfolgt man die politische Entwicklung ist festzustellen, dass Bürgerkriege und bürgerkriegsähnliche Verhältnisse als Fluchtursache in den Vordergrund getreten sind. Die §§ 22, 23 AufenthG enthalten die Möglichkeit der Aufnahme solcher Flüchtlinge und der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Wir fordern, dass hiervon auch tatsächlich Gebrauch gemacht wird.

Das Land Brandenburg sollte dazu beitragen, in dem es entsprechende Anträge in die Innenministerkonferenz einbringt bzw. Anträge anderer Bundesländer unterstützt.

7. Nach wie vor werden Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, da im Ausland erworbene Schul-, Ausbildungs- und Studienabschlüsse nicht anerkannt werden. Wir fordern durch Anpassungsqualifizierungen und Fortbildungen und die Anerkennung nicht-formaler Berufserfahrungen und nicht-zertifizierter Kenntnisse die Anerkennung zu erleichtern. Dies dient nicht nur der individuellen Integration, sondern auch dem Land, insbesondere auch auf dem Hintergrund der Diskussion um den Bedarf an Fachkräften.
8. Die Vorrangprüfung auf dem Arbeitsmarkt erschwert den Arbeitsmarktzugang für bleibeberechtigte Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger und sollte im Interesse der Integration aufgehoben werden.
9. Eine örtlich isolierte Unterbringung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Asylbewerberheimen ist menschenunwürdig und einer erfolgreichen Integration abträglich. Weit abgelegene Heime sind zu schließen. Insbesondere Familien sind in Wohnungen unterzubringen. Für eine erfolgreiche und vollständige Integration von Asylsuchenden ist es unumgänglich, den Kontakt zwischen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern mit der übrigen Bevölkerung herzustellen. Nur das Kennenlernen von Herkunft und kultureller Geschichte schafft gegenseitige Akzeptanz und Annäherung. Auf diese Weise lernen Asylbewerber und Asylbewerberinnen tatsächlich die deutsche Kultur, Lebensweise und ihre sozialen Werte und Normen kennen. Auch das Erlernen der deutschen Sprache wird auf diese Weise in den Integrationsprozess miteinbezogen. Nur so können die Berührungängste und Vorurteile zwischen In- und Ausländern überwunden werden. Dem entgegen steht auch die Ausgabe von Wertmarken und Coupons für Lebensmittel, Pflegeprodukte und Waren des täglichen Bedarfs. Statt auf diese Art und Weise die Integration in die Gesellschaft zu erschweren, soll es Asylbewerberinnen und Asylbewerbern durch Geldleistungen ermöglicht werden, eigenverantwortlich und selbstbestimmt für sich und ihre Familien zu sorgen. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Sachleistungen für Asylbewerber.

10. Es sind Regelungen zu schaffen, die notwendige medizinische und psychologische Betreuung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sofort nach ihrer Ankunft zu gewährleisten. Die medizinische und psychologische Betreuung ist im Bedarfsfall während des gesamten Asylverfahrens aufrecht zu erhalten. Opfer von Folter, Vergewaltigung oder psychischer Gewalt müssen genauso gewissenhaft wie andere Anspruchsberechtigte betreut und behandelt werden. Kindern ist dabei besonderer Vorrang zu gewähren. Die jetzige medizinische Versorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, nach der Asylbewerber lediglich einen Anspruch auf medizinische Grundversorgung bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen haben, ist auszuweiten.
11. Durch politische Beteiligung stärken wir die Identifikation von Inländern mit ihrem Wohnort, übertragen Verantwortung und motivieren zu zivilgesellschaftlicher Partizipation. Die lebendige Kommune lebt von der Gestaltungsfreudigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger, deshalb fordern wir das Kommunalwahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die einen festen Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde haben. Wir leben gemeinsam in unseren Städten und Gemeinden und müssen gemeinsam über unsere Zukunft entscheiden können.
12. Soweit die Forderungen eine Änderung von Bundesgesetzen betreffen, fordern wir das Land Brandenburg auf, Gesetzesvorschläge im Bundesrat einzubringen.

## **Beschluss zur Weiterleitung an den Bundesparteitag**

**des SPD-Landesparteitages Brandenburg am 30. Juni 2007 in Cottbus**

**Antrag: O 2**

**Antragsteller: SPD Landesvorstand**

### **Europawahl 2009**

Antrag des Landesvorstandes zur Beschlussfassung auf dem SPD-Landesparteitag am 30.6.2007 zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag 25.10.-28.10. 2007 in Hamburg:

„Die SPD stellt ihre Kandidatinnen und Kandidaten zu Europawahlen wie bisher auf einer Bundesliste auf.“

#### **Begründung:**

Das Europawahlgesetz sieht eine gemeinsame Bundesliste oder einzelne Landeslisten vor (Europawahlgesetz – EuWG, 8. März 1994). Sollte die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl in der Form von Landeslisten erfolgen, wird in einer Reihe von Bundesländern für die SPD auf unabsehbare Zeit kein Abgeordneter in das Europaparlament einziehen können. Diese Tendenz wird durch die zu erwartende demographische Entwicklung noch weiter verstärkt.

Im Ergebnis führt eine solche Entwicklung dazu, dass große Regionen dauerhaft von der Vertretung durch sozialdemokratische Europaabgeordnete ausgeschlossen sind. Dies kann nicht im Interesse der SPD insgesamt sein. Die angemessene Berücksichtigung von Bewerberinnen und Bewerbern aller SPD-Landesverbände auf einer gemeinsamen Bundesliste sollte daher wie bisher nach einem ausgewogenen Verfahren erfolgen und der endgültigen Entscheidung eines Bundesparteitages obliegen.

## **Beschluss des SPD-Landesparteitages am 30. Juni 2007 in Cottbus**

### **Antrag: Initiativantrag 1**

#### **Antragsteller: AfA Landesverband Brandenburg**

Der aktuelle Tarifkonflikt bei der Deutschen Telekom AG hat gezeigt, welche Einflussmöglichkeiten der Bund als ein Eigentümer eines teilprivatisierten, ehemals im Bundesbesitz befindlichen Unternehmens noch hat. Wenn eine Sparte eines großen Konzerns wie im Fall der Telekom nicht so rentabel ist, wie vom Management erwartet, wird sofort mit einem Kahlschlag reagiert. Dieser kann durchaus auch in vollständigem Verkauf oder Einstellung aller Geschäftsaktivitäten in diesem Bereich bestehen. Dabei profitieren Aktionäre zu Lasten von Bürgerinnen und Bürgern.

Deshalb:

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die brandenburgische SPD lehnt eine vollständige oder teilweise Privatisierung der Deutschen Bahn AG ab. Sie beantragt deshalb die Aufnahme folgender Formulierung in das neue Grundsatzprogramm der SPD (im Anschluss an „.... Lebensqualität der Städte und Regionen.“ im Abschnitt „Mobilität und Lebensqualität“): „Eine privatisierte Bahn könnte und wollte das nicht leisten. Deshalb setzen wir uns für die vollständige Beibehaltung des öffentlichen Eigentums an der Deutschen Bahn AG ein.“
2. Mit einer vollständigen oder teilweisen Privatisierung der Deutschen Bahn AG würde der Bund auf irreversible Weise politische, wirtschaftliche und soziale Gestaltungsmöglichkeiten verlieren. Die Bahn muss im Sinne ihrer Kernaufgabe – einer breiten, flächendeckenden Verkehrsversorgung mit öffentlicher Mobilität in Deutschland - neu ausgerichtet werden, ohne sie den renditeorientierten Prämissen der internationalen Kapitalmärkte auszusetzen bzw. unterzuordnen.
3. Die Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn AG muss darauf konzentriert werden, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen und gleichzeitig eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland zu fördern.